Nr. 156 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 23. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13628, 13638, 13897, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 69 mm breit, M. 2,—, für das Ausland M. 10,—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6,—, mit Platzvorschrift M. 7,—, für das Ausland M. 25,—. Bei Listen- oder Tarifsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.95, vierteljährlich M. 13.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.36, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Der Haager Juristenkongreß

Die Entwürfe der Zentralstaaten

Von unserm Mitarbeiter

Haag, 19. Juni

Wie ich in meinem ersten Berichte mitteilen konnte, befinden sich im Aktenmateriale, das der Juristenkommission vorliegt, die mit der Abfassung eines Entwurfes über die Bildung eines internationalen Gerichtshofes beauftragt ist, eine größere Anzahl von Vorschlägen „nichtoffizieller Charakter"! Hierzu gehören jedoch die von der deutschen Regierung im April v. J. gemachten Vorschläge nicht, ebensowenig wie der Entwurf, den die Wiener Regierung der Pariser Friedenskonferenz zukommen ließ. Clemenceau erklärte, daß diese beiden Entwürfe, der deutsche und der deutsch-österreichische, einer eingehenden Untersuchung zugeführt werden sollen. Trotzdem — und das ist für die politische Bedeutung des tagenden Haager Kongresses ausschlaggebend: — entspann sich in der gestrigen geheimen Sitzung eine langwierige Debatte über die Frage, in welchem Ausmaße die beiden erwähnten Entwürfe der besiegten Staaten benutzt werden könnten. Es wird mir mitgeteilt, daß die Vertreter Hollands, der Schweiz und Italiens auf die Notwendigkeit hinwiesen, für diese beiden Projekte den Grundsatz der Gleichwertigkeit, im Verhältnis zu denen der Ententeländer und Amerikas, gelten zu lassen. Nach einer ausgedehnten Debatte drang diese Meinung auch durch. Betont sei, daß die Opposition auf französischer Seite am entschiedensten war.

Es kann schon heute gesagt werden, daß die „nichtoffiziellen" Projekte ihren Einfluß auf die Beschlüsse der Kommission ausüben werden, und zwar deshalb, weil es sich um maßgebende Gruppen und Persönlichkeiten handelt, die als Antragsteller auftreten. Voran steht das Projekt der holländischen „Zentralvereinigung für einen dauerhaften Frieden", ausgearbeitet von dem niederländischen Juristen Loder, der als Vertreter der Haager Regierung in der Kommission sitzt. Loders Entwurf verlangt einen internationalen Gerichtshof und einen internationalen Versöhnungsrat, beide im Haag errichtet. Die Stimmen müssen gleichmäßig verteilt sein: drei Stimmen für Amerika, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan; je eine Stimme für die andern Staaten. Das Pariser Komitee für „Frieden und Freiheit" stimmt mit dem holländischen Entwurfe fast überein. Sodann folgt das Projekt, genannt Magnissima Charta, des belgischen Senators La Fontaine, der sünf Großmächten Sitz und Stimme in dem Gerichtshof zusprechen will. La Fontaine entscheidet sich nicht für den Haag als Sitz des künftigen Tribunals. Der Amerikaner Raeburn White dagegen hält es in seinem Entwurfe für notwendig, Mißtrauen gegen den Gerichtshof dadurch auszuschalten, daß die holländische Residenz gewählt wird. Das Projekt der englischen „Fabian Society" schlägt sünfzehn Richter vor, für sechs Jahre gewählt. Acht Richter für die Großmächte, sieben für die übrigen Staaten.

Damit ist die Reihe der „nichtoffiziellen" Anträge erster Ordnung erschöpft. Außerdem sind noch vierzehn weitere Vorschläge — aus früheren Konferenzen stammend — vorhanden. Die im Haag beratenden Juristen werden aber kaum Zeit finden, sich mit allen Eingaben zu befassen. Sie sind beauftragt, die Arbeit in ehestens sechs Wochen zu beenden. Für gewiß kann schon heute angenommen werden, daß die jetzige Haager Konferenz dem Völkerbundrate vorschlagen wird, dem internationalen Gerichtshofe eine höhere Befugnis zu erteilen, als sie im Völkerbundvertrage selbst umschrieben ist. Man wünscht aus dem Gerichtshofe auch einen Appellationsgerichtshof für internationales Privatrecht zu machen und seine Kompetenz auf Berufungsfälle gegen Urteile internationaler Gerichte zweiter Ordnung, wie zum Beispiel der Donaukommission, auszudehnen. Die Bedeutung einer derartigen richterlichen Macht bedarf keiner näheren Auslegung. Bekanntlich funktionieren bereits eine Anzahl sogenannter „sekundärer internationaler Gerichte". Treten Schwierigkeiten zutage, so wäre die oberste Instanz anzurufen. Inwiefern die Regierungen diesem Vorschlage der Haager Kommission nähertreten werden, läßt sich heute noch nicht abschätzen.

In Boulogne

TU Boulogne, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der „Temps" meldet: Die erste Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde gestern vormittag 11,30 Uhr eröffnet und dauerte bis mittags 1 Uhr. Nach Schluß der Beratung wurde folgender Bericht der Presse übergeben: Die Konferenz von Boulogne wurde in der Villa Belle um 11,30 Uhr vormittags eröffnet. Die englische, französische, italienische, japanische und belgische Regierung war durch ihre Vertreter anwesend. Das Programm der Konferenz wurde folgendermaßen festgesetzt:

1. Finanzielle Fragen (deutsche Schuldsumme).
2. Militärische Fragen (die Entwaffnung Deutschlands).
3. Orientfragen.
4. Die russische Frage.

Gestern wurde die Erörterung über zwei Punkte geführt. Wegen der Schuldsumme Deutschlands wurden die Finanzsachverständigen beauftragt, die Fragen endgültig zu prüfen und das Ergebnis heute abend im gemeinsamen Text vorzulegen. Marschall Foch und Marschall Wilson, die militärische Sachverständige mithaben, bereiten ebenfalls für heute abend einen Entwurf vor. In der Sitzung von gestern morgen begann die Konferenz, von dem durch die Vertreter der englischen und französischen Regierung ausgearbeiteten und durch die Chefs der beiden Regierungen genehmigten Entwürfe über die deutsche Schuldsumme Kenntnis zu nehmen. Dieser Entwurf sieht 37 Jahresraten vor, deren Mindestbetrag auf drei Milliarden festgesetzt worden ist, die aber in ihrer Gesamtheit erhöht werden kann und eine Summe ergeben kann, die über 120 Milliarden ausmacht, von denen in der Konferenz von Spaa die Rede war. Die Konferenz hat die Vertreter der Alliierten aufgefordert, ihre Zustimmung zu diesen Entwürfen zu geben. Anderseits wurden auch zwei Noten verfaßt, die eine betrifft das Kriegsmaterial Deutschlands, die andre die Rückführung des deutschen Heeres auf eine Stärke von 100 000 Mann. Zum Schluß wurde beantragt, beide Noten in einer zu vereinigen.

Die Nachmittagssitzung dauerte bis 8 Uhr abends. Die Erörterung war ziemlich lebhaft. Bemerkenswert ist, daß das amtliche Communiqué keinen Hinweis auf die brennendste Frage, die Festsetzung der deutschen Schuldsumme, enthält, was in politischen Kreisen dahin gedeutet wird, daß in dieser wichtigen Frage

keine Uebereinstimmung

erzielt worden ist. Die von England vorgeschlagene Zahlung von 165 Milliarden Goldmark in 35 Jahren wurde bisher nicht angenommen. Der französische Finanzminister begab sich zur weiteren Erörterung dieser Angelegenheit nach Paris, wo sich ein besonderes Finanzamt mit dieser Angelegenheit befassen soll. Dagegen genehmige die Konferenz die von Marschall Foch verfaßte Note der Alliierten an Deutschland über die Entwaffnung und Reduzierung des Kriegsmaterials und die Zwangsverminderung der deutschen Armee auf 100 000 Mann.

In der Orientfrage wurde beschlossen, die am 26. Juni ablaufende Frist für die Antwort der Türkei auf die gestellten Friedensbedingungen der Alliierten aufrechtzuerhalten. Die militärischen Maßnahmen der Marschälle Foch und Wilson, die sich mit der Lage in den Festlandsgebieten und mit der Inselfrage befaßten, fanden Billigung. An den weiteren Verhandlungen sollen Griechenland, Polen, Portugal, Rumänien, die Tschecho-Slowakei und Südslawien hinzugezogen werden. Für

die Flüssigmachung der deutschen Schuld

sollen der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel Vorschläge unterbreitet werden, die auf einer internationalen Anleihe basieren. Als Garantien sollen Staatseinkünfte dienen. Es wird hinzugefügt: Man beabsichtige nicht, diese Einnahmen dauernd mit Beschlag zu belegen, wohl aber die Einnahmen momentan in die Hände der Alliierten zu übernehmen. Entgegen der Behauptung, daß zur Erzwingung der Alliiertenforderungen in Zukunft nur noch wirtschaftliche Maßnahmen angewandt werden würden, stehen Auslassungen französischer Blätter, die besagen, daß auch weiterhin deutsche Gebiete besetzt werden könnten. Ebensowenig konnte über die Festsetzung der deutschen Schuldsumme und über die Verteilung der Quoten unter die Alliierten Beschluß gefaßt werden. Sforza protestierte im Namen Italiens gegen die in Aussicht genommene Verteilung, die Frankreich 55 Prozent, England 25 Prozent und allen übrigen Ländern einen Restteil verspricht.

Die Vorbereitungen für Spa

Die Beratungen in Boulogne, bei denen wir nicht vertreten sind, werden für unsre Zukunft wahrscheinlich von entscheidenderer Bedeutung sein als die Konferenz von Spa, zu der man uns zugelassen, gerufen. Unsre Gegner legen offenbar den höchsten Wert darauf, bei dem schwierigen Ausgleich ihrer eigenen widerstreitenden Interessen unter sich zu bleiben, um uns dann in Spa vor vollendete Tatsachen, d. h. vor die von ihnen gemeinschaftlich festgelegten Forderungen zu stellen, an denen so gut wie nichts mehr zu ändern sein wird. Mit welcher Aengstlichkeit die Alliierten darüber wachen, daß die Welt nur ja nichts von dem unter ihnen bestehenden Gegensätzen erfährt, ergibt sich schon aus dem vielsagenden Umstand, daß die Beratungen nicht nur unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, sondern daß den Pressevertretern sogar der Aufenthalt in der Stadt Boulogne für die Zeit der Tagung auf Anordnung der französischen Regierung verboten wurde.

Die alte Geheimdiplomatie, die nach dem Willen der Völker längst beseitigt sein sollte, feiert also eine glänzende Wiederauferstehung. In diesem Sinne berichten auch die Pariser Blätter, daß die Beschlüsse über die deutsche Entschädigung bis zur Konferenz von Spa geheimgehalten werden sollen, weil es nicht richtig wäre, wenn die deutschen Vertreter vorher von ihnen Kenntnis erhielten. Natürlich, denn eine solche Kenntnis könnte leicht dazu führen, daß unsre Vertreter später mit wohlbegründeten, sorgfältig ausgearbeiteten Gegenvorschlägen auf den Plan zu treten vermöchten, was jene offenbar unter allen Umständen verhindern wollen. Trotz alledem sickert selbstverständlich manches in der Oeffentlichkeit durch, und wenn auch die Meldungen der französischen und englischen Blätter nicht ohne Widersprüche sind, so läßt sich doch bereits so viel erkennen, daß Millerand im allgemeinen seinen Willen gegen die übrigen Verbündeten nachdrücklicher durchzusetzen gewußt hat, als anfänglich zu erwarten war und als in unserm Interesse liegt. Sein bester Verbündeter wird dabei die Notlage gewesen sein, in die England durch die Entwicklung der Dinge im Osten geraten ist.

Die für uns wichtigste Meldung bringen die „Times". Diesem Blatte zufolge hat man abänderungsfähige Jahreszahlungen vorgeschlagen, die je nach der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands ausfallen sollen. Der Minimaljahresbetrag soll drei Milliarden betragen und muß als Kinderzahlung angesehen werden. 85 Jahreszahlungen seien vorgesehen. Wie man sieht, handelt es sich um die Verwirklichung des alten französischen Planes, uns das Joch der Sklaverei aufzuerlegen und uns wirtschaftlich jahrelang für die Sieger fronden zu lassen. Sobald es uns einmal gelingen sollte, uns durch angestrengte Arbeitsamkeit einigermaßen zu erholen, sofort wird man die Schraube anziehen und den Betrag der Jahreszahlungen noch Belieben erhöhen, so daß des Elends kein Ende abzusehen ist.

Daß man uns im übrigen überhaupt mit unerhörten und drückenden Forderungen in Spa entgegentreten wird, läßt sich mit voller Bestimmtheit daraus schließen, daß unsre Gegner selbst schon jetzt mit einem scharfen Widerstand von unsrer Seite glauben rechnen zu müssen. Um uns aber von vornherein gründlich einzuschüchtern, greift man wieder einmal zu dem leider so oft bewährten Mittel wüster Drohungen. In der Besetzung deutscher Gebiete scheint man freilich nach dem unrühmlichen Ausgang des Frankfurter Abenteuers doch ein Haar gefunden zu haben, und so kommt man zu der Blockadedrohung zurück. Wie nämlich das „Journal" mitteilt, ist man bei der Durchführung des Friedensvertrages von den Zwangsmaßnahmen der militärischen Besetzung abgekommen. Man hat neuerdings vielmehr beschlossen, falls Deutschland die Klauseln des Friedensvertrages nicht erfüllt, zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu schreiten, was einer „gemilderten" Blockade gleichkäme.

Lebensmittel-Unruhen in West-Deutschland

ITA. Köln, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In den letzten Tagen kam es in einzelnen westdeutschen Städten zu bedauernswerten Ausschreitungen durch große Menschenansammlungen. Ursache war der Lebensmittelwucher, der besonders Westdeutschland heimsucht. In oberrheinischen Städten ging die Menge gegen die Obstwucherer vor, stürmte deren Vorräte oder erzwang das Einschreiten der Polizei, die das Obst zu sehr niedrigen Preisen verkaufte. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß dort infolge der hohen Obstpreise auf dem Markte ein großer Krawall entstand, der dazu führte, daß die erregte Menge die Obststände stürmte, die Körbe umstürzte und das Obst, Kirschen, Erdbeeren und Heidelbeeren, zerrirat. Die Polizei mußte einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen.

+ Krefeld, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Massenkundgebung, die die Sozialisten gegen die Teuerung veranstaltet hatten, zog eine zügellose Menge zur Markthalle, die vollständig ausgeplündert wurde. Gegen Abend wurde das Warenhaus Tietz gestürmt. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Der gesamte Inhalt des Warenhauses aus allen Etagen wurde auf die Straße geschleudert und verschleppt. Auch in mehreren andern Geschäftshäusern, vorwiegend in Schuhgeschäften, wurden die Schaufenster demoliert und überall geplündert. Die Schutzmannschaften waren vollkommen machtlos. Erst spät abends gelang es der belgischen Besatzungsbehörde, mit einem starken Truppenaufgebot die Ordnung wiederherzustellen. Bei den Zusammenstößen sind zahlreiche Personen verletzt worden.

+ Bochum, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Eine Vollversammlung des Kartells der freien Gewerkschaften von Bochum und Umgegend, dem 22 000 Mitglieder angehören, nahm zu den hohen Lebensmittelpreisen Stellung und faßte eine Entschließung, in der ein schärferes Auftreten der Gemeinden gegen den Lebensmittelwucher gefordert wurde. Die Preise sind im Rheinlande so hoch getrieben, wie nirgends sonst im Reiche.

* Osnabrück, 22. Juni. Hier ist es zu schweren Unruhen gekommen, verursacht durch die Protestaktion gegen die hohen Lebensmittelpreise. In der letzten Nacht haben im Anschluß daran Schiebereien stattgefunden, denen die Sicherheitswehr noch nicht Herr werden konnte.

Knebelung der öffentlichen Meinung durch die Franzosen

w. Frankfurt a. M., 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Den französischen Besatzungsbehörden im Rheinland und Westfalen sind Anweisungen erteilt worden, alle Aeußerungen der deutschen Presse über die französischen farbigen Truppen zu verbieten und auch keine Versammlungen, die sich mit der Farbigenfrage befassen, zu dulden. Im besetzten Gebiet darf diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit nicht mehr berührt werden. Deutsche Zeitungen, die verboten waren, weil sie über Mißstaten der farbigen Truppen berichtet haben, müssen erst eine Erklärung abgeben, daß die schwarzen Truppen keinen Anlaß zur Klage bieten und daß die Bevölkerung mit ihnen in gutem Einvernehmen stand. — Seit gestern abend sind die „Frankfurter Zeitung" und sämtliche Mannheimer Zeitungen von den Franzosen in Ludwigshafen verboten worden. Sämtliche zum Verkauf ausliegenden Nummern wurden beschlagnahmt, und zwar aus dem Grunde, weil diese Zeitungen über den Generalstreik in Ludwigshafen berichtet haben.

w. Neustadt (Hardt), 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die pfälzischen Zeitungsverleger haben in einer hier stattgefundenen Sitzung einmütig Protest erhoben gegen die Knebelung der pfälzischen Presse durch die Besatzungsbehörden. Der Reichskanzler wurde in einem Telegramm zum Schluß um Hilfe gerufen. Die Durchführung der in letzter Zeit sehr häufigen Zeitungsverbote bringen den Blättern unübersehbaren wirtschaftlichen Schaden und greifen auch schwer in die Lebensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter ein.

Verstärkung der Besatzungstruppen

Genf, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die französische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, die Verstärkung der Besatzungsarmee der Pfalz um 25 000 Mann französischer Truppen anzuordnen.

Die Reise durch den polnischen Korridor

* Marienwerder, 22. Juni. Heute findet in Warschau eine Sitzung über die Korridorfrage statt, an der die Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsverkehrsministeriums, die Eisenbahnbevollmächtigten, die deutschen Reichskommissare aus Allenstein und Marienwerder und Vertreter der polnischen Regierung teilnehmen. Die polnische Regierung hat ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Durchführung der Abstimmungsberechtigten durch den Korridor in einer Anzahl von Zügen bereits erklärt. In der Sitzung sollen nur noch Einzelheiten verhandelt werden.

+ Buer, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Polen und die Ententemission haben Durchfahrtserlaubnis nur für so viel Züge gestattet, daß kaum die Hälfte der Abstimmungsberechtigten auf direktem Wege zur Abstimmung fahren können. So konnten, nach der „Buerschen Zeitung", von etwa 6000 Abstimmungsberechtigten nur an 2600 Fahrkarten für diese Züge ausgegeben werden, so daß über die Hälfte der Abstimmungsberechtigten von der Benutzung dieser direkten Fahrgelegenheit ausgeschlossen ist.

Der neue Reichskanzler

Fehrenbach und sein Kabinett

Wenn nicht noch in letzter Stunde unerwartete Schwierigkeiten entstehen, wird sich Anfang nächster Woche Herr Fehrenbach als vierter Reichskanzler der erst anderthalb Jahre alten Deutschen Republik dem neugewählten Reichstage vorstellen. Er ist den meisten Abgeordneten wohlbekannt, da er bereits seit 1908 als Vertreter des 88. badischen Wahlkreises der deutschen Volksvertretung angehört.

Als im Sommer 1918 der greise Reichstagspräsident Johannes Kaempf starb, wurde am 8. Juni d. J. der Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach mit sehr großer Mehrheit zu dessen Nachfolger gewählt. Er erfreute sich auch außerhalb seines engeren Parteikreises der größten Beliebtheit und Wertschätzung. Schon als Präsident der zweiten badischen Ständekammer hatte er in den Jahren 1907 bis 1909 den Befähigungsnachweis für das schwierige Amt erbracht. Im Reichstage bewährte er sich als Präsident so ausgezeichnet, daß die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, als der Mehrheitssozialist Dr. David, ihr erster Präsident, ein Ministerium ohne Portefeuille im Kabinett übernahm, den Abg. Fehrenbach fast einstimmig, nur gegen die wenigen Stimmen der Unabhängigen, zu ihrem Präsidenten wählte. Es war eine überaus dornenreiche und undankbare Aufgabe, die ihm damit zufiel. Die Oppositionsparteien der äußersten Linken und Rechten schlugen immer schärfere Töne an und suchten durch lärmvolle Auftritte und andre störende Zwischenfälle den ruhigen Gang der Verhandlungen zu hindern. Da entwickelte Fehrenbach wahrhaft glänzende präsidiale Eigenschaften. Schlagfertig und humoristisch verwies er die Störenfriede zur Ruhe und Ordnung und trug so häufig zur Beschwörung der wildesten Stürme vor ihrem orkanartigen Ausbruch bei. Mitunter ließ er auch, wo es ihm angebracht erschien, die Zügel seiner Führung nachsichtig locker, aber wo weder Humor noch Milde verfingen, verstand er es auch, mit strenger Energie einzuschreiten und seinen Weisungen Achtung und Wirkung zu verschaffen. Er war eine seltene Erscheinung, der geborene Präsident.

Wird er sich nun auch als der geborene Reichskanzler erweisen? Er hat sein 68. Lebensjahr vollendet, ist bisher nur Rechtsanwalt und Abgeordneter gewesen, hat also eine Laufbahn hinter sich, wie sie bis vor kurzem bei uns zulande für einen solchen Posten nicht als ausreichend erachtet wurde. Anders in den parlamentarisch regierten Ländern. Da haben es Rechtsanwälte und Parlamentarier oft genug zu Ministern und Ministerpräsidenten gebracht, allerdings nicht erst in so vorgerücktem Alter wie jetzt Herr Fehrenbach. Aber der kräftige, würdevolle und dabei doch bewegliche Mann erfreut sich einer erstaunlichen Frische, und man würde ihn, wenn man es nicht anders wüßte, für einen Fünfziger halten. Ein scharfer juristischer Verstand, eine gute Allgemeinbildung und eine süddeutsch-warme, schwungvolle Beredsamkeit sind das nicht zu verachtende Rüstzeug, das er auf den Kanzlerposten mitbringt, und das ihm auch in Spa treffliche Dienste leisten dürfte. Freilich gehört dazu noch einiges mehr, vor allem staatsmännischer Blick, schnelle Erfassung und Verwertung der gegebenen Tatsachen und Verhältnisse und diplomatische Gewandtheit im Verkehr mit übelwollenden Gegnern. Ob Reichskanzler Fehrenbach auch hierüber verfügt, müssen wir abwarten. Er hat jetzt die beste Gelegenheit, den Befähigungsnachweis hierfür zu erbringen.

Ueber das Kabinett, das Fehrenbach bei seiner Aufgabe des innern und äußern Wiederaufbaus unterstützen wird, läßt sich noch nichts sagen, da zur Zeit die endgültige Ministerliste noch nicht feststeht. Erst heute, Dienstag, soll in einer Besprechung beim Reichspräsidenten zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern das Kabinett endgültig zusammengestellt werden. Soviel aber scheint gewiß zu sein, die Ministerliste, die soviel Schwierigkeiten gemacht hat, wird keine Ueberraschungen bringen. Das Kabinett Fehrenbach wird sich zusammensetzen aus lauter Männern, die schon längere Zeit im Vordergrund des politischen Lebens stehen und über die daher der Allgemeinheit ein mehr oder weniger zutreffendes, festes Bild vorschwebt. Auch sie treten nun mit dem neuen Posten ein Amt an, das für ihr Charakterbild als „hohe Politiker" einst mit von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Bis jetzt handelt es sich hierbei um folgende Persönlichkeiten: Dr. Koch (Dem.) in Aussicht genommen für das Reichsministerium des Innern, Dr. Wirth (Zentr.) für Finanzen, Giesberts (Zentr.) für Postwesen, Dr. Hermes (Zentr.) für Ernährung, Dr. Geßler (Dem.) für die Wehr, Dr. Heinze (Deutsche Vp.) für Justiz und Dr. Becker-Hessen (Deutsche Vp.) für das Reichsschatzministerium. Die Besetzung des Verkehrs, der Wirtschaft und der Arbeit ist noch nicht endgültig entschieden. Für das letztere Ministerium kommt ein Vertreter der Christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird voraussichtlich mit einem andern Ministerium verbunden werden. Das Auswärtige Amt, dessen Besetzung von allen Parteien durch einen Fachmann als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geheimrat Simons besetzt, der sich durch seine Teilnahme an den Versailler Verhandlungen einen Namen gemacht hat.

Wie wenig sicher noch das endgültige Bild des Kabinetts Fehrenbach feststeht, geht aus allen Meldungen aus Berlin über diese Frage hervor. So soll z. B. nach der „Voss. Ztg." die Deutsche Volkspartei sich in der Frage der Verteilung der einzelnen Ministerposten zurückgesetzt fühlen, da ihr bisher nur zwei Sitze im Kabinett angeboten worden sind. Entsprechend ihrer Stärke fordert sie vier Sitze und möchte das Wirtschafts-, das Reichsjustiz-, das Reichseisenbahn- und das Schatzministerium besetzen. Geheimrat Wiedfeldt presse heute (Dienstag) in Berlin ein und werde mit dem Reichskanzler wegen Uebernahme des Wirtschaftsministeriums